



Bündnis 90 Die Grünen
Kreissprecherin
Gabriele Bayer Bahnhofstr. 4
92353 Postbauer-Heng

Tel. 09188 -2274
Mobil 0173-3889221
e.mail: gabi.bayer@gmx.de

17. Juli 2009

Pressemitteilung

Grüne wollen der Pflege eine politische Stimme geben

Die Grünen wollen der Pflege eine politische Stimme war das Motto der Podiumsdiskussion mit MdB Elisabeth Scharfenberg. Das Thema des Abends war die Zukunft der Pflege im Landkreis Neumarkt.

Viele Besucher, darunter Professionell Pflegende, pflegende Angehörige, Kommunalpolitiker, Trägervertreter, Pflegedienstleitungen besuchten die Podiumsdiskussion zu dem brandaktuellen Thema. Die Pflege wird der Wachstumsmarkt der Zukunft sein, so MdB Elisabeth Scharfenberg. In diesem Feld arbeiten viel mehr Menschen als in der Automobilindustrie. Es werden in der Zukunft durch den demographischen Wandel deutlich mehr Pflegende benötigt bei gleichzeitig stark sinkenden Ausbildungszahlen in der Pflege. Deshalb war das Thema Fachkräftegewinnung ein zentrales Thema. Wie man Pflegekräfte dazu bringen kann möglichst bis zur Rente und das bei guter Gesundheit und Motivation im Pflegeberuf zu halten war ein zentraler Aspekt der Diskussion.

Weniger Überstunden, mehr Zeit für die eigentliche Pflegearbeit, Mitgestaltung, mehr Handlungsautonomie und natürlich eine angemessene Bezahlung waren die Zauberworte der Podiumsteilnehmer. Das heißt aber im Landkreis Neumarkt müssen deutlich mehr Pflegekräfte als bisher ausgebildet werden und natürlich auch finanziert. Wenn das nicht geschieht müssen die Verantwortlichen in der Politik und den Kommunen den Menschen aber die Konsequenzen der schlechter werdenden Pflege verdeutlichen. Es wurde in der Diskussion sehr deutlich, dass es nicht die Aufgabe der beruflich Pflegenden ist, Finanzierungs- und Planungsdefizite auf politischer Ebene mit Überstunden, Sozialer Vereinsamung und Gesundheitsgefährdung zu kompensieren.

MdB Elisabeth Scharfenberg machte aber auch deutlich, dass es eine aus Steuermitteln solide und nachhaltig finanzierte Pflegezeit für pflegende Angehörige, die im Berufsleben stehen geben muss und diese Menschen auch einen finanziellen Ausgleich für die Gehaltseinbuße bekommen müssen. Denn es sind wieder die Frauen, die Pflegezeit beantragen werden und diese Frauen haben ein Recht darauf während der Pflegezeit finanziell abgesichert zu sein. Die Menschen wollen heute so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben und dort auch gepflegt und versorgt werden. Das ist eine große Aufgabe für die Kommunen. Diese Aufgabe kann nur gemeinsam mit den Betroffenen, ihren Angehörigen, den beruflich Pflegenden, den Trägern und den jeweiligen Kommunen gemeinsam gelöst werden. Hier müssen laut Scharfenberg individuelle Lösungen für die einzelne Kommune gefunden werden. Ambulante Pflegedienste müssen besser finanziert werden. Sie sollen keine « Bittsteller » bei den Kostenträgern sein, sondern angemessen für ihre Aufgaben entlohnt werden.